

Der Beseftschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Festertunden“, „Nagoler Heimat“, „Die Blode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 15 bezw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 18 Pfg. Postzeitungsgeb., wozu 36 Pfg. Beleggeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: O. W. Jailer (Sng. R. Jailer), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Sens, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Doppelt-Zeile ober deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Reklamespalt 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Zuschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Anträge und Brief-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Legel-Adresse: Beseftschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk. Nr. Stuttgart 513

Nr. 163

Gegründet 1827

Freitag, den 15. Juli 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Das „Gentleman Agreement“

Veröffentlichung des Textes

Paris, 14. Juli. Das französische Außenministerium veröffentlicht folgenden Text des Gentleman Agreement, das zwischen den Gläubigern Deutschlands zur Regelung der Ratifikationsbedingungen der Lausanner Abkommen abgeschlossen worden ist:

Protokoll

Die Abkommen von Lausanne werden endgültig erst nach der in dem Abkommen vorgesehenen Ratifizierung in Kraft treten. Was die Gläubigerregierungen anbetrifft, in deren Namen dieses Abkommen paraphiert (vorläufig unterzeichnet) wird, so wird die Ratifizierung nicht vorgenommen werden, bevor nicht eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erzielt sein wird. Den Gläubigerregierungen steht es vollkommen frei, ihre Stellungnahme gegenüber ihren Parlamenten darzulegen, aber es wird keine genaue Bezugnahme auf diese Regelung im Text des Abkommens mit Deutschland erscheinen.

Wenn in der Folge eine zufriedenstellende Regelung der Schulden der Gläubigermächtigen Deutschlands erzielt wird, werden die Regierungen dieser Länder die Ratifizierung vornehmen und das Abkommen mit Deutschland seine volle Auswirkung nehmen. Falls die in Frage stehende Regelung nicht erzielt werden könnte, so wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage geschaffen werden und die interessierten Regierungen hätten sich über das, was sie dann tun müssen, zu verständigen. Bei dieser Möglichkeit würde die legale Stellung aller interessierten Regierungen wieder die gleiche sein wie vor dem Hoovermoratorium. Von diesem Abkommen wird die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt.

Lausanne, Juli 1932.

Es folgen die Unterschriften im Namen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens.

Noch keine „Entente cordiale“?

Paris, 14. Juli. In parlamentarischen Kreisen Frankreichs zeigt sich heute eine gewisse Neigung, das sogenannte Vertrauensabkommen weniger geschäftsmäßig als realpolitisch zu beurteilen. Die erste Verlautbarung über das Abkommen war vom Gefühl diktiert, denn in der halbamtlichen Meldung befand sich die Erwähnung des Wiedererlebens der Entente cordiale. Bei näherer Betrachtung des offiziellen Textes könnte das kaum aufrecht erhalten werden. Der einzige realistische Punkt von wirklicher Bedeutung, so meint man hier, ist Punkt 4, der sich auf den Abschluß eines neuen französisch-englischen Vertrages bezieht. Hier liegt der Prüfstein für die Beziehungen der beiden Länder, nach dem, was hinsichtlich der Diskrimination auf beiden Seiten in den letzten Monaten sich ereignet hat. Es handelt sich bei dem englisch-französischen Abkommen also weder um eine Entente cordiale, noch um etwas Ähnliches, sondern um einen Akt, um Verhandlungen mit den Regierungen über ihre Friedensversicherungen anzubahnen und den Wunsch zum Ausdruck zu bringen, durch gemeinsame Verständigung eine Grundlage für eine europäische Zusammenarbeit zu finden, ähnlich der in jenem bekannten Manifest des verstorbenen Außenministers Briand zur Bildung der Europaunion.

Deutschland zum Beitritt aufgefordert

Berlin, 14. Juli. Das englisch-französische Vertrauensabkommen ist dem deutschen Geschäftsträger in London übermittelt worden zusammen mit der Aufforderung an Deutschland, dem Abkommen beizutreten.

Eine Entscheidung Deutschlands wird erst möglich sein, wenn der genaue Wortlaut den Berliner amtlichen Stellen vorliegt. In hiesigen politischen Kreisen wird darauf gewartet, schon vorher bereit zu dem Abkommen Stellung zu nehmen, solange noch nicht im einzelnen zu übersehen ist, was dahinter steckt. Es hat den Anschein, daß England den ganzen politischen Fragekreis, der bereits in Lausanne eine wesentliche Rolle gespielt hat, auf eine breitere Grundlage stellen will. Eigenartig muß die Haltung Frankreichs berühren, das sich in Lausanne mit größter Mühe gegen die Erörterung der politischen Fragen gewandt hat und sich jetzt durch das Abkommen anscheinend dafür einsetzt.

Beitritt Deutschlands?

Berlin, 14. Juli. CNB. meldet, in Berliner politischen Kreisen müsse man dem englisch-französischen Abkommen erhebliche Bedeutung zu. Wenn auch noch keine amtliche Stellungnahme zu erhalten sei, so scheint es doch, daß die Möglichkeit eines deutschen Beitritts nach Auffassung Berliner Kreise durchaus gegeben sei (?). Allerdings komme es nicht in Frage, daß Deutschland sich etwa seine Handlungsfreiheit in der Abrüstung nehmen lasse.

Der „Lokalanzeiger“ sagt, die Erklärungen des englischen Außenministers klingen wie „etwas Herrliches“ — was sie

tatsächlich besagen, vermag man bis jetzt noch nicht zu übersehen. Daß man auch in Paris entzückt ist oder doch so tut, gibt ohnehin zu denken. Es ist durchaus möglich, daß in den hoch klingenden Ausdrücken allerhand Fußangeln ruhen, so der „Gottesfriede“, der Deutschland verbieten soll, daß Deutschland irgendeine politische Frage ansprechen soll.

Mißbehagen in England

London, 14. Juli. Die scharfen Angriffe Lloyd Georges gegen die Haltung der englischen Abordnung auf der Lausanner Konferenz haben in England großen Eindruck gemacht. Er findet auch in konservativen Kreisen Zustimmung, wenn er sagte, die englische Regierung hätte ganz gut in Lausanne reinen Tisch machen und die Reparationen bedingungslos befehlen können, wie sie vorher so laut angekündigt hat — wenn sie gewollt hätte, oder wenn sie sich nicht von den Franzosen hätte einfangen lassen. Statt dessen hat sie mit Frankreich das able „Gentleman Agreement“ abgeschlossen, so daß nun nicht mit reinen Händen vor die Amerikaner hintreten kann. Selbst die scharf französischfreundliche „Morningpost“ muß zugeben, daß durch dieses Geheimabkommen der gute Eindruck des Lausanner Vertrags ausgelöscht werde.

Hoover bleibt kühl

Washington, 14. Juli. Reuter meldet, Präsident Hoover sei nicht der Meinung, daß das englisch-französische „Vertrauensabkommen“ Anlaß zur Beunruhigung in Amerika gebe. Europa solle nur einmal seine eigenen Angelegenheiten in Ordnung bringen, bevor es an die Vereinigten Staaten mit dem Ersuchen herantrete, die Last der Kriegsschulden zu erleichtern. — Ein feiner Spott!

Brief Chamberlains

über die französischen Schulden bei England

Paris, 14. Juli. Das französische Außenministerium veröffentlicht den Text des Briefes, den der englische Finanzminister Chamberlain an den französischen Finanzminister Germain Martin bezüglich der französischen Schulden bei England gerichtet hat.

Datiert: 8. Juli 1932. Englische Abordnung auf der Lausanner Abrüstungskonferenz. Die englische Regierung wäre sehr glücklich gewesen, wenn es möglich gewesen wäre, die Kriegsschulden Frankreichs an England in einem Gesamtplan der allgemeinen Aufhebung der Schulden und Reparationen zu streichen. Die englische Regierung bedauert, unter den gegenwärtigen Umständen keine endgültigen Maßnahmen zur Abänderung des englisch-französischen Abkommens über die Kriegsschulden ergreifen zu können. Sie ist jedoch damit einverstanden, daß die durch die Erklärung der Mächte vom 16. Juni vorgesehene Zahlungsaussetzung sich auch auf die Jahreszahlungen des französisch-englischen Schuldenabkommens, auf die Bestimmungen des Anhangs 1 vom Haager Abkommen vom 30. August 1929 erstreckt und zwar bis zur Inkraftsetzung des Lausanner Abkommens oder bis entschieden sein wird, daß dieses Abkommen nicht ratifiziert wird. Im Falle einer Nichtratifizierung des Lausanner Abkommens wird die legale Stellung aller interessierten Regierungen untereinander wieder dieselbe werden, wie sie nach den Bestimmungen des Haager Abkommens vom 20. 1. 1930 und nach den englisch-französischen Schuldenabkommen bestand. In diesem Falle hätten die englische und französische Regierung gemeinsam die dadurch geschaffene Lage zu prüfen.

Der Freiwillige Arbeitsdienst

Verordnung über den Arbeitsdienst

Berlin, 14. Juli. Die Reichsregierung hat die Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst fertiggestellt. Da durch die Notverordnung vom 23. Juli 1931 bereits die Ermächtigung zu derartigen Maßnahmen gegeben war, braucht keine neue Notverordnung erlassen zu werden, vielmehr genügt eine einfache Verordnung des Reichsarbeitsministers, was vom Kabinett gestern genehmigt worden ist. Vom Reichsarbeitsminister werden hierzu noch Ausführungsbestimmungen erlassen werden. Die wesentlichste Änderung, die die Verordnung gegen sich erfahren hat, ist der Verzicht auf die Schaffung von Betrieben, sowohl in der Zentrale, wie in den Bezirken. Die bevorstehenden Maßnahmen sollen später noch weiter ausgebaut werden.

Erweiterung des Kreises der Arbeitsdienstwilligen

Berlin, 14. Juli. In der neuen Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst ist wesentlich, daß sie gegenüber den bisherigen Bestimmungen den Kreis der Arbeitsdienstwilligen in der Form erweitert, daß nicht nur — wie bisher — Unterrichtsangehörige, sondern

Tagespiegel

Auf der Marinewerft Wilhelmshaven wurde das neue Artilleriegeschulboot „Bremje“ in Dienst gestellt.

Mit dem gestern gemeldeten Verbot der „Berliner Volkswehr“ hat das anhaltische Staatsministerium auch das Verbot der Kopfplättler der genannten Zeitung in Köthen und Zerbst verboten. Damit darf jetzt in Anhalt keine einzige sozialdemokratische Zeitung erscheinen.

Das österreichische Unterrichtsministerium hat das zu Beginn des Jahres erlassene Verbot der Teilnahme von Schülern höherer Lehranstalten an Selbstschutzverbänden außer Kraft gesetzt.

Der Völkerbundrat wird am Freitag zusammentreten, um die Einberufung einer Weltwirtschafts- und Währungskonferenz zu beschließen und zugleich den Organisationsausschuß zu benennen, der die technischen Vorbereitungen zu treffen hat.

In London hat es großes Aufsehen erregt, daß in Paris bereits am Donnerstag vormittag der gesamte Wortlaut des „Vertrauensabkommens“ zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien und Belgien über die Kriegsschulden veröffentlicht worden ist. In der auf der Lausanner Konferenz erzielten Regelung wurden nun von englischen Auswärtigen Amt sieben weitere Dokumente hierzu veröffentlicht.

Belgien ist dem „Vertrauensabkommen“ bereits beigetreten.

Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz ist auf Dienstag oder Mittwoch einberufen worden, um einen angelegentlich einseitigen Vorschlag zu beraten, der aber wichtige Grundfragen wie z. B. die Gleichberechtigung u. a. ganz außer Acht läßt. Die Lage ist vollkommen vermerkt.

Der dänische Ministerrat hat beschlossen, gegen die Befreiung in Schweden durch Norwegen beim Internationalen Gerichtshof im Haag Widerspruch zu erheben.

Alle interessierten Arbeitsdienstwilligen daran beteiligt werden können. Außerdem werden nicht nur gemeinnützige Organisationen und Körperschaften an dem freiwilligen Arbeitsdienst beteiligt, sondern auch alle Organisationen, die Gruppen von Arbeitsdienstfreiwilligen umfassen. Dazu gehören auch die politischen Parteien und Verbände. Voraussetzung für die Beteiligung ist aber in allen Fällen, daß die in Aussicht genommenen Arbeiten gemeinnütziger Natur sind. Wenn man zugrunde legt, daß im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes je Mann und Tag 2 Mark Kosten entstehen, so würden für die restlichen 250 Tage des laufenden Rechnungsjahres 100 000 Mann mit insgesamt 50 Millionen Mark beschäftigt werden können. Da aber Hoffnung besteht, diese Summe zu steigern, ist zu erwarten, daß auch die Zahl der Arbeitsdienstwilligen noch erhöht werden kann.

Die Gesetzesvorlage über den freiwilligen Arbeitsdienst ist dem Reichsrat zur Kenntnisnahme zugegangen, dessen Ausschüsse am Freitag zur Beratung zusammentreten. Eine Vollziehung ist nicht in Aussicht genommen, da die Regierung in diesem Fall an die Reichsratsberatung nicht gebunden ist. Es ist möglich, daß vom Reichsrat dieser oder jener Wunsch noch geäußert wird. Die Verordnung wird jedenfalls am Samstag veröffentlicht, damit sie in nächster Woche in Kraft treten kann.

Wie verlautet, wird der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, Dr. Srup, zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannt werden.

Die Ordnung des Arbeitsdienstes gliedert sich weiter über die Präsidenten der Landesarbeitsämter. Sobald Anfang der nächsten Woche auch die Ausführungsbestimmungen des Arbeitsministers erschienen sind, wird der neue Reichskommissar die Präsidenten der Landesarbeitsämter zusammenberufen, um mit ihnen die Verwirklichung des Arbeitsdienstes zu besprechen, damit noch in diesem Monat praktisch an sie herangegangen werden kann. Diese Art des verwaltungsmäßigen Aufbaues ist auch mit Rücksicht auf die notwendige Sparsamkeit gewählt worden, da sowohl Präsident Srup als auch die Präsidenten der Landesarbeitsämter die neuen Funktionen vollkommen ehrenamtlich ausüben sollen.

Ueber die Einzelheiten wird Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer am Samstag abend im Rundfunk sprechen.

Neue Nachrichten

Dank des Reichspräsidenten an Papen

Neudorf, 14. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Reichskanzler v. Papen zum Bericht über die Lausanner Verhandlungen. Nach Entgegennahme des Vortrags sprach der Herr Reichspräsident dem Reichskanzler seinen Dank für die in Lausanne geleistete Arbeit



und überfüllte sich in aufgeregten Worten, die schließlich schreiend immer von neuem die Fragen wiederholten: „Wie können Sie sich erlauben, mich für so dummen zu nehmen? ... Mich als ungläubig hinzustellen? ... Glauben Sie, ich bin ein Lügner?“

Nachdem ihm die Verkäuferin verständnislos gegenüber, „Ich habe nur gesagt ...“ Sie unterbrechend, brüllte in gesteigertem Erregung der Kunde: „Sie haben gesagt, daß es solche Kragen nicht gibt. Wie kommen Sie dazu, meine Worte zu bestreiten? Sie hätten sagen sollen, daß Sie diese Kragen nicht haben. Dann hätten Sie Ihre Pflicht getan. Was wissen Sie von Kragen, die es auf der Welt gibt? Hier, ich trage den Kragen, den es nicht geben soll?“

Die drei schon erwähnten Verkäuferinnen und der Abteilungsleiter begriffen: das war ein Siedepunkt. Bei dem Herrn lief es über, wenn man das Dasein des von ihm verlangten Kragens ableugnete, statt ihm die einfache, weil richtige und wahre Auskunft zu geben: „Diese Kragen führen wir nicht“. Jetzt bemühten sie sich, Schluß mit dem Kraken machen, ein paar nette Worte der Entschuldigung für die Verkäuferin und die Firma zu sagen. Das gelang sehr schnell, wie der Bericht mit dem Bemerkten mitteilt: „Es sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß auch jeder Käufer einen Siedepunkt hat, den zu schonen Kundenpsychologie und Geschäftslugheit gebieten“.

Beerdigung der Luise Kläger

Eine stille Pilgerin wurde gestern unter zahlreicher Begleitung zu Grabe getragen. Fräulein Luise Kläger war es, die früher über 20 Jahre als Hilfslehrerin an der Arbeitsschule hier treue Dienste tat und trotz zarter Gesundheit als Letzter einer großen Geschwisterfamilie nun ein Alter von 78 Jahren erreicht hatte. Ein sanfter Tod erlöste sie von zunehmendem Leiden und setzte ihrem schlichten, anspruchslosen Leben ein Ende. Stadtpfarrer Brecht sprach über das Totwort 1. Mose 32, Vers 10: „Ich bin zu gering aller Vornachfolger, aller Treue, die du an deinem Knechte getan hast.“ Neben ihrem großen Bewandentempel werden ihr gerne all die vielen, ehemaligen Schülerinnen, denen sie mit Güte und Geduld das Streifen und Fäden beigebracht hat, ein dankbares Andenken bewahren.

Ein Gang auf unserem Friedhof

Der gegenwärtig so schön gepflegt, und mit neuen, kiesbestreuten Wegen versehen ist, befindet sich außerordentlich. Die Kriegergräber sind wunderschön mit Begonien und Geranien bepflanzt und auch in der Pflege der Familiengräber ist ein wahrer Wettstreit zu beobachten, die sauber gehaltenen Friedhofspelle läßt ein zu beklagender Fall, die großen Bäume beschatten mit weitausladenden Ästen die Ruhestätten der stillen Schläfer. Auch Fremde und Kurgäste kann ein Spaziergang hinauf zur Oberkirche empfohlen werden.

Prinz zu Schaumburg-Lippe

tricht heute abend 1/2 Uhr im Löwenaal in öffentlicher Versammlung der NSDAP, worauf hiermit nochmals hinweisen wird.

Leichenfindung in der Ragold

In Nr. 159 unseres Blattes brachten wir eine Notiz, wonach beim Tanneneck die Oberleider eines Mannes gefunden wurden. Am Mittwoch nachmittag wurde nun eine männliche Leiche aus dem Kanal der Vereinigten Deckenfabriken herausgezogen und einwandfrei festgestellt, daß es sich tatsächlich um den in Pforzheim abgängigen Mann handelt.

Ermäßigte Rückfahrtscheine der Kraftpost

Die Oberpostdirektion beabsichtigt, Kraftpostrückfahrtscheine mit vierwöchiger Gültigkeitsdauer zu ermäßigten Fahrpreisen auf denjenigen Linien einzuführen, bei denen ein Bedürfnis hierfür vorliegt und die Amisförperschaften oder Gemeinden die Hälfte des entstehenden Betriebsabmangels übernehmen.

„Unsere Feiertage“

„Reisezeit“, Ein junges Mädel im schreienden Zug, dem Büro der Großstadt auf 14 Tage entzückt (dann länger wird die Reisezeit nicht gestatten!) wer wollte da nicht mitmachen, teils dieserhalb, teils außerdem ... Die dem Feiertagsbildchen des Titelblattes schließt sich das der letzten Seite „Ist das der richtige Weg“ würdig an; ja das Wandern, zumal zu zweien ist ungleich schöner, als die Benutzung jedweden Verkehrsmittels. — Nach 8 Monaten ist endlich das milde Urteil im Klarelproseß verkündet worden, auf dem Bild sehen wir einen Teil der Berliner Korruptionsgemeinde früherer Promi-

nen. — Bruno Kasper der gefeierte Liebling des stummen Films hat sich aus wirtschaftlichen Sorgen erhängt. — Das Opernhaus in Hannover konnte durch rechtzeitiges Eingreifen der Feuerwehrr vor seiner Vernichtung durch Feuer werden. — Ein großer Wirtschaftsführer ist mit Geheimrat Dr. Ernst Sachs, dem Gründer der Firma Fichtel u. Sachs-Schweinfurt dahingegangen. — Was für unseren Ragold Wetterworte ebenfalls gut wäre, wird in Bayern geübt: Das Schiefen mit Hagelstrahlen nach Gewitterwolken. — Für eine unterhaltende Stunde sorgt die Romanfortsetzung, eine Kurzgeschichte: „Die Tafel Schokolade“ und die Rätselrunde.

Dringender Ruf des Handwerks

Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt: Die Klagen aus dem Handwerk darüber, daß es zu wenig Arbeit hat und trotzdem manchen Auftrag, der vorhanden ist, nicht erhält, nehmen immer mehr zu. Es ist keine Uebertreibung, sondern leider grausame Wirklichkeit, daß mancher schon Jahre und Jahrzehnte selbständige Handwerker schwer um seine Existenz zu kämpfen hat und bald nicht mehr weiß, wie er sich und seine Familie erhalten, den Betrieb, die Lebensgrundlage, weiterführen soll. Mit Bitterkeit muß es ihm erfüllen, wenn er sieht, daß ihm manche Arbeit, die er mit Gewissenhaftigkeit, größter Sachkenntnis und sicher zur vollen Zufriedenheit des andern ausführt und dabei so notwendig brauchen würde, verloren geht. Der Pulsschlag des Geschäftslebens in der Gemeinde zeigt zugleich der Geist ihrer Bewohner an und ist ein Gradmesser dafür, inwieweit sie sich bemüht sind, daß sie volkswirtschaftlich betrachtet eine gewisse Einheit bilden und daß sich daraus wirtschaftliche Verpflichtungen für jeden ergeben. Vor allem die: den Bedarf oder was es sonst zu machen gibt, in erster Linie beim ansässigen selbständigen Handwerker und Geschäftsmann zu decken bezw. ihm den Auftrag zutommen zu lassen. Dies ist auch die beste Waffe und das wirksamste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, erhält die Wirtschafts- und Steuerkraft an jedem Ort. Jetzt, wo der Abbruch der Reparaturen zu weichen beginnt, gilt es für jeden, mitzubekommen am Wiederaufbau der Wirtschaft. Größer als je einmal ist die Verantwortung für sich selbst und den anderen Volksgenossen gegenüber. Wer Arbeit zu geben vermag, Hausbesitzer vor allem, denkt an das selbständige Handwerk dabei. Auch an die Beamten und Angestellten richtet sich kein Ruf, mit der Auftragserteilung an das selbständige Handwerk nicht zurückzuhalten. Vertrauen gegen Vertrauen, Ehrlichkeit in der Tat und durch die Tat, dann wirds wieder besser!

Ankündigung und Geschäftsstelle der Landschaftsrekame.

Der Bau XII. des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs hat an das Württ. Innenministerium eine Eingabe gerichtet und darin auf die schwere Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit und die Schädigung des Fremdenverkehrs durch übertriebene und gehäufte Landschaftsrekame, insbesondere entlang der Hauptverkehrsstraßen, hingewiesen und um Abhilfe gebeten. Das Landesamt für Denkmalspflege befragt den Vorst. des ADAC, auf das warnte, da er eine wesentliche Unterstützung seines Kampfes gegen die Verunstaltung des Landschafts- und Ortsbildes durch die Außenrekame bedeutet.

Sulz M. Ragold, 14. Juli. Unwetter, Sturmholz.

Bei dem schweren Gewitter am 13. Juli 1932, abends 9 bis 11 Uhr, hauste das Unwetter erneut bei uns. In den Gemeindefeldern Alsenberg und Talberg riß der Südoststurm ganze Gassen in die guten Altholzbestände. Nach einer vorläufigen Schätzung sind 600 Festmeter Sturmholz angefallen. Das Holz liegt kreuz und quer im Wald und auf den Waldwegen. Der Schaden wird besonders noch dadurch erhöht, daß viel Windbruch anfiel.

Gültlingen, 14. Juli. Wieder Wasser Schaden.

Durch das mit starkem Sturm verbundene Gewitter von vorgestern Nacht wurden die Felderflüsse zum größten Teil platt gelagert, was jetzt in der Bitterzeit ein großer Nachteil ist. Aber auch viel Boden, vor allem von den in letzter Zeit gekauften Aedern, wurde wieder fortgeschwemmt. Der am Ortsausgang nach Wildberg von Gottlob Schimpf Kaufmann in den letzten Jahren angelegte und im Laufe dieses Frühjahrs mit viel Fleiß und Kosten ausgebaute Rasen- und Biergarten, wurde durch einen außergewöhnlich großen Erdsturz größtenteils zerstört. Starke Betonmauern und ein Baum wurde platt mitgerissen und zusammengebrochen. Im Ort tauchten einmal wieder reizende Bäche durch

die Straßen und es gab eine Anzahl mit Wasser gefüllte Keller, Scheunen und Ställe. Wenn auch die Schäden selbstverständlich mit denjenigen vom 16. Mai nicht zu vergleichen sind, so sind sie immerhin schmerzhaft genug.

Letzte Nachrichten

Landtagspräsident Kerel verlangt Eingreifen des Reiches in Preußen.

Kassel, 15. Juli. Der Präsident des preussischen Landtages, Kerel, machte heute hier in einer nationalsozialistischen Wahlversammlung eine aufsehenerregende Mitteilung. Er sagte, daß er noch heute ein Schreiben an den Reichsminister richten werde, in dem eine Forderung der Verhältnisse in Preußen gefordert wird. Die Nationalsozialisten verlangten, daß der Staat und, wenn dieser Staat nicht in der Lage sei, das Reich für geordnete Zustände Sorge, und daß die Ordnung in Deutschland wieder hergestellt würde, sei es auch durch Verhängung des Belagerungszustandes.

Abschluß der Internationalen Konferenz für soziale Arbeit

Frankfurt a. M., 14. Juli. Die Internationale Konferenz für Soziale Arbeit hat heute ihre Beratungen mit einer eingehenden Erörterung des Arbeitslosenproblems beendet.

Der „Angriff“ verboten.

Berlin, 14. Juli. Die nationalsozialistische Tageszeitung der „Angriff“ ist bis zum 23. Juli verboten worden.

Mehrfachjährige Zuchthausstrafen für politische Uebertreter.

Münster, 14. Juli. Das Schöffengericht verurteilte heute 2 Kommunisten, die an einem Uebertreter auf Nationalsozialisten am 11. Juli beteiligt waren, zu 5 und 3 Jahren Zuchthaus.

Beilegung des englisch-irischen Konflikts

de Valera kommt nach London.

London, 15. Juli. de Valera wird heute aus Dublin in London eintreffen, um sich mit MacDonald über die Möglichkeit der Beilegung des irisch-englischen Konflikts zu besprechen.

Der Einnahmenschwund in Oesterreich

Wien, 14. Juli. Der vom Rechnungshof überprüfte Bundesrechnungsschluß für 1931 schließt mit einem Abgang von 322 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag beträgt der Ausfall bei den direkten Steuern 52, bei den Zöllen 80, bei den Gebühren 45, beim Tabakmonopol 13, bei der Post- und Telegraphenverwaltung 28, bei den Bundesforsten 9 Millionen Schilling. Die Sozialversicherung erforderte einen Mehraufwand von 67 Millionen Schilling.

Längere Dauer der Revolution in Brasilien

Rio de Janeiro, 14. Juli. Die Regierung gibt bekannt, daß die Luftlandkämpfe in Sao Paulo sich nunmehr auf die Verteidigung beschränken. Die Brücken und die Eisenbahnen um Sao Paulo seien zerstört, die Wege unpassierbar gemacht. Angesichts der sehr beträchtlichen Stärke von Sao Paulo werde jedoch mit einer mehrwöchigen Dauer der Operationen gerechnet, es sei denn, daß sich die Luftlandkämpfe einem Schiedsgericht unterwerfen würden.

Selbstmord eines Bankdirektors.

Die Leiche des seit Januar d. J. verschwundenen Direktors Michael der Anfang dieses Jahres zahlungsunfähig gemordenen Bank für Handel und Gewerbe in Vernigerode (Prov. Sachsen) wurde beim Mahlen auf den Feldwiesen bei Roimirkefied gefunden. Man nimmt an, daß Michael den Tod in der Elbe gesucht hat.

Schweres Unwetter im Kaiserstuhlgebiet

Das Kaiserstuhlgebiet (Baden) wurde am Mittwoch abend von einem schweren Unwetter betroffen. Wirbelsturm und wolkenbruchartiger Regen sowie Hagel richteten einen noch nicht übersehbaren Schaden an. Der Wirbelsturm hat das altholzreiche, hochgelegene Münster in Breisach schwer mitgenommen und das Dachgestühl beschädigt. Viele Häuser in Breisach wurden abgedeckt. Eines der Häuser mußte wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Tausende von Obstbäumen sollen vernichtet sein. Nicht minder groß ist der Schaden an den umfangreichen Nebenanlagen des Kaiserstuhls. Weinorte wie Erdingen ufm. haben den schwersten Schaden seit Jahren erlitten. Das Unwetter suchte auch den unteren Breisgau heim, wo die Wasserläufe über die Ufer traten und die Felder verwüsteten. Die Feuerwehren zahlreicher Breisgau- und Kaiserstuhlkörte hatten die ganze Nacht zu tun, um die Keller frei zu pumpen. Die Ernte ist größtenteils vernichtet. Das Unwetter forderte ein Menschenleben dadurch, daß die Pferde eines Fuhrwerkes bei dem Sturm scheuten, gegen die Kaiserstuhlbahn rannten, wobei eine Landwirtsfrau tödlich verunglückte.

Zeitschriftenchau

„Die Brennessel“, politisch satirische Kampfschrift, Zentralverlag der NSDAP. Preis des Einzelheftes 30 Pf., Bezugspreis monatlich RM. 1.— Der Leser einer Tageszeitung muß sein Blatt laufend lesen, um lückenlos unterrichtet zu sein. Es sollte aber auch jeder Deutsche, der Sinn für Humor und politische Satire hat, „Die Brennessel“ Heft für Heft lesen, damit er die reiche Fülle an humoristischen Erzählungen und Gedichten, die geistreichen Karikaturen deutscher Künstler ohne Unterbrechung genießen kann, die wie bunte Rucheln und kostbare Perlen von der Brandung des Zeitgeschehens ans Ufer geworfen werden. Zwei Duzend berufene Mitarbeiter, Künstler des Stoffs und einer heißend spühen Feder unterhalten den Leser in feindseliger Weise und verstehen es, den Inhalt der Kampfschrift recht vielseitig zu gestalten, so daß sie als führende, politische satirische Wochenchrift angesprochen werden muß.

Auf alle in obiger Spalte angegebenen Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung G. W. Jaiser, Ragold, Bestellungen entgegen.

Geld! In jeder Höhe, für jeden Zweck...

Der Geschäftsführer der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Hamburg, W. Kollie, eine Autorität auf seinem Gebiet, schreibt zu diesem sehr aktuellen Thema:

Unser chronischer Geldmangel gebietet gewissenlosen Ausbeutern ein reiches Betätigungsfeld. Wie verlockend muten die Angebote von Menschenfreunden an, die uns in kürzester Zeit, erforderlichenfalls „Geld in 24 Stunden“, beschaffen und sich dabei mit mäßigen Zinsen und mit der Stellung „jeder Art von Sicherheiten“ begnügen wollen. Welche Aussichten bieten sich da für den, der seine Tochter ausheuert oder seinem Sohn das Studium ermöglicht will. Daß die Menschenfreunde, die „Geld in jeder Höhe und für jeden Zweck“ abgeben wollen, zunächst ihr freilich löblich, das heißt die Entrichtung von Vorkäufen, Bearbeitungsgebühren oder sonstigen Vorauszahlungen verlangen, ist freilich löblich, ebenso, daß man einen vorgelegten Druckbogen mit einer Fülle unübersichtlicher Bedingungen unterschreiben soll. Aber zum Glück braucht man das viele Gedruckte nicht alles durchzulesen, der freundliche Geldmann berichtet, was in dem Schein steht und versichert, daß alles „nur Formsache“ sei. Man unterschreibt also und wartet, bis man nach einiger Zeit von dem „Geldgeber“ die erfreuliche Mitteilung erhält, der Antrag sei „angenommen“ und werde sofort weiter bearbeitet, sobald man hierfür eine weitere Gebühr von 10, 20 oder mehr Mark entrichte. Zahlt man auch noch diese Gebühr, so wird man sehr bald die Erfahrung machen, daß das Interesse der Geldgeber merklich erlahmt. Die Sicherheiten, die zuerst als völlig ausreichend bezeichnet wurden, genügen auf einmal nicht mehr, die eingezogenen Auskünfte lauten angeblich schlecht, und es werden immer neue, schließlich nicht mehr erfüllbare Bedingungen gestellt, bis der Antragsteller verzagt von der Weiterverfolgung des Antrages absieht. Die Rückzahlung der ungeduldet bezahlten Vorkäufe wird bestimmt verweigert, weil der Antragsteller sich unterschreibend verpflichtet habe, auf Rückzahlung zu verzichten.

Ein anderer Fall: Der Mann, der sich zur Beschaffung von „Geld in jeder Höhe, zu jedem Zweck und gegen jedwede Sicherheiten“, erbietet, erzählt dem Darlehenssuchenden von einer großen Interessengemeinschaft von Geldgebern, mit der er in Verbindung stehe. Und das besonders Verlockende ist: hier braucht nichts im Voraus bezahlt werden, man zahlt erst, wenn „der Erfolg“ herbeigeführt ist. Schon nach wenigen Tagen erhält man folgendes Schreiben von der Interessengemeinschaft:

„Wir freuen uns, Ihnen heute schon die angenehme Mitteilung machen zu können, daß bereits eine große Anzahl guter Angebote für Sie eingegangen sind. Die Kosten für unsere Bearbeitung, evtl. bis zum Erfolge, so wie vertraglich festgelegt wurde, betragen 60 Mark. Es ist vertraglich ausbedungen, daß wir Ihnen die ersten Aufschüsse unter Annahme der Bearbeitungsgebühr für 60 Mark zuzahlen sollen. Wir bitten um Einlösung.“

Berücksichtigung der Offerten, die keineswegs von ernst zu nehmenden Geldgebern, sondern von Vermittlern und zweifelhaften Kreditinstituten herrühren. Auf Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr hat man auch hier keinen Anspruch.

Wahlich sind die „Erfolge“, die von den Agenten sogenannter Finanzzeitschriften herbeigeführt werden. Es ist die gleiche Methode, lediglich mit dem Unterschiede, daß an Stelle der „Bearbeitungsgebühr“ der Interzinsenpreis tritt. Aber die durch Interzinsen in „Finanzzeitschriften“ erlangten Angebote sind um nichts wertvoller als diejenigen der „Interessengemeinschaften“. Die Interzinsengebühr ist außerdem gegenüber derjenigen in Tageszeitungen unverhältnismäßig hoch, was auch schon eine Uebervorteilung darstellt.

Auf eine besondere Art von Kreditinstituten sei noch in diesem Zusammenhang hingewiesen, wenn auch nicht die Schwindelhaftigkeit dieser Institute schließlich behauptet werden soll. Es sind die sogenannten Mobilbankpartialen, die in den letzten Monaten in fast beängstigender Zahl entstanden sind. Beängstigend, wenn man bedenkt, daß alle diese Kassen nur leben und Auszahlungen leisten können, wenn zuvor von den „Zwecksparen“ Einlagen gemacht werden. Woher sollen aber in einem verarmten und zu einem großen Teile arbeitslosen Volke heute noch alle diese Spareinlagen kommen? Das System der Zweckpartialen im übrigen dem der Baupartialen, aber mit dem sehr wesentlichen Unterschiede, daß die Mobilbankpartialen nicht der Aufsicht des Reiches unterliegen. Sie bieten also auf alle Fälle eine geringere Gewähr für Sicherheit, die durch uneingeschränkte Neugründungen noch weiter vermindert wird.

Anmerkung der Schriftleitung:

In der heutigen geldarmen Zeit dürften obige Ausführungen besonders interessieren und Geldsuchenden eine Warnung sein. Der „Gesellschaftler“ lehnt derartige Darlehensangebote im Interzinsen teil ab, obwohl er einen Zuwachs an Interzinsen recht wohl vertragen könnte, wie wir auch die Schwindelfirmen mit Nachdruck bekämpfen und schon eine Anzahl dieser Parasiten der Staatsanwaltschaft angezeigt haben.

Nicht Stückzahl, sondern

Größe und Qualität entscheiden. CLUB hat gesetzlich zulässiges Höchstgewicht und ist Deutschlands anerkannt beste 31 Pfg.-Zigarette. Der Umsatz beweist es.



